Am 26. Juli verschied unerwartet unsere Genossin

Mathilde Schöne

Die Parteiorganisation und der Zentrale Frauenausschuß verlieren in ihr eine stets einsatzbereite und parteiverbundene Genossin.

Wir sprechen hierdurch allen Angehörigen unser tiefempfundenes Beileid aus.

SED-Parteiorganisation der Karl-Marx-Universität
Universitäts-Parteileitung

Zentraler Frauenausschuß der Karl-Marx-Universität

Rübenpflege und FDJ-Arbeit

Aus der gesellschaftlichen Tätigkeit von Praktikanten des Franz-Mehring-Instituts

Bei einer Zwischenauswertung des Praktikums am Franz-Mehring-Institut erzählten Karin Kluge und Edith Lagerpusch von ihrem Einsatz in der LPG Hainichen: „Einmal hatten wir uns vorgenommen, bis zum Abend mit einem Feld fertig zu werden. Weil wir es nicht ganz schafften, arbeiteten wir weiter, obwohl die anderen schon Feierabend gemacht hatten. Es war ein guter Anknüpfungspunkt für unsere Diskussionen, als die Genossenschaftsbauern fragten: ‚Wieso arbeitet ihr länger, wenn ihr nichts bezahlt bekommt?'"

Die Studenten aus dem 1. und 2. Studienjahr des FMI, deren Praktikum auf dem Lande oder in Braunkohlengruben stattfand, standen nicht nur als Binderbesatzer oder bei der Rübenpflege, beim Gleisbau oder beim Flußumbetten ihren Mann. Sie beteiligten sich auch mit guten Ideen an der gesellschaftlichen Arbeit. Von ihrer FDJ-Grundorganisation hatten sie dafür genaue Verbandsaufträge erhalten.

Karin und Edith organisierten übers Wochenende eine Radtour an den Horstsee bei Wermsdorf. „Viel öfter müßte sowas stattfinden", war die übereinstimmende Meinung der sieben Freunde aus Hainichen, die daran teilnahmen. Die Studentinnen haben sich auch dafür eingesetzt, daß eine arbeitsfähige FDJ-Leitung gebildet wird. Zustimmender Kommentar der Freunde: „Die beiden kommen hierher und krempeln den ganzen Laden um."

Manfred Wein, der in der MTS Steinbach arbeitete, konnte berichten, daß die Praktikanten in Steinbach ein Jugendforum vorbereitet haben. Sie organisierten Arbeitseinsätze Jugendlicher in der LPG und bei werktätigen Einzelbauern. Auch einen Volleyball-Vergleichskampf Dorfjugend gegen MTS haben sie vorgeschlagen. „Man muß es nur richtig anpacken und sich mit den Freunden gründlich unterhalten, dann wird die FDJ-Arbeit auf dem Lande auch besser werden", meinten die Praktikanten aus Hainichen und Steinbach.

Das fanden auch die Studenten, die im Braunkohlenwerk Regis eingesetzt waren. Mit den Freunden im Tagebau Schleenhain bereiteten sie einen Gruppennachmittag im Zeichen der VI. Weltfestspiele vor. Außerdem leisteten sie eine freiwillige Schicht in einem Ziegelwerk als Beitrag zu den 40 000 Ziegeln, die die Jugend des Werkes Regis herstellen will.

Es wäre zu empfehlen, wenn im nächsten Jahr auch die Studenten anderer Institute mit klarer Anleitung und konkreten Aufträgen für die gesellschaftliche Arbeit ins Praktikum gingen.

K. B.

Auch Dozenten im Praktikum

Einundzwanzig Dozenten der verschiedenen Fachrichtungen der ABF werden ab 2. September ein Praktikum in Leipziger Betrieben ableisten, so im VEB Kirow, MAB Schkeuditz und in den Leipziger Verkehrsbetrieben Heiterblick. Mit diesem Betriebspraktikum wird eine notwendige Verbindung mit der Produktion hergestellt.

Wie Dozent Bauer erklärte, sollen damit nicht nur die eigenen Kenntnisse in den naturwissenschaftlichen Fächern erweitert, sondern aus den Gesprächen mit den Arbeitern neue Anregungen für die politische Arbeit im kommenden Studienjahr gewonnen werden.

Kommilitonin Ri ist dabei

Die junge Chemiestudentin Ri Sedzu arbeitete während ihres Praktikums im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld. Sie erzählte, wie interessant es war, Verwendungszweck und Verarbeitung des Grundstoffs Kaliumchlorid kennenzulernen. Bisher hat sie im Labor nur Versuche unternommen. Im Kombinat aber mußte ein verwendbares Produkt herauskommen. „Meine Mutter hätte sich sehr gefreut, wenn ich sie zu Hause besucht hätte", meinte die zierliche Koreanerin, „aber das Studium geht vor. Wir wollen doch gute Fachleute werden, für unsere Heimat."

H. Sch.

Melkversuche und Wasserblasen

Den Weg säumen zu beiden Seiten riesige Getreidefelder. Nur selten ist zwischen ihnen das satte Grün der Rüben- oder der Kartoffelfelder zu sehen. Hier und da bergen Mähdrescher oder Binder die neue Ernte. Das sind die ersten Eindrücke für den Besucher, der in den kleinen Ort Cavertitz bei Oschatz kommt.

Wir, fünf Studenten von der Veterinärmedizinischen Fakultät, verbrachten unser Praktikum hier auf dem Volkseigenen Tierzuchthauptgut. Die prächtigen Zuchtstuten des Gutes waren nicht zu schlecht, um in Markkleeberg ausgestellt zu werden.

Morgens und abends wurden die Tiere gefüttert und die Ställe gesäubert. Es fiel manchem schwer, wenn er früh um drei Uhr aus den Federn mußte. Man gewöhnt sich aber bald daran.

Viele von uns hatten bisher kaum in der Landwirtschaft gearbeitet, und bei einigen waren große Wasserblasen das Ergebnis der ersten Melkversuche. Die meisten lernen jetzt erst die oft recht schwere Arbeit auf dem Lande würdigen. Die Landarbeiter begegneten uns schon viel freundlicher, nachdem sie gesehen hatten, daß „die aus Leipzig" nicht erhobenen Hauptes durch die Botanik stiegen.

Wenn alle Studenten eine Zeitlang praktisch arbeiten würden, dann würden sie der arbeitenden Bevölkerung auch mit der nötigen Achtung begegnen.

Christoph Winkler, stud. vet. med.

Keine Paragraphenreiter

Fünf Studenten des 3. Studienjahres der Juristenfakultät leisteten ihr Praktikum beim Kreisgericht Karl-Marx-Stadt/Land ab. Sie waren zuerst im Zivil- und Familienrecht tätig und wurden in die Aufgaben des Staatlichen Notars sowie in die Arbeit des Gerichtsvollziehers eingewiesen. Anschließend machten sie sich mit den Aufgaben des Staatsanwaltes auf dem Gebiet des Zivilrechts vertraut.

Günter Tautz berichtete uns, daß die Praktikanten nach den Verhandlungen und an Hand der Akten selbständig Urteile und Beschlüsse entwarfen und diese an den Entscheidungen der Richter überprüft haben. „Die Arbeit macht besondere Freude", meinte er, „wenn ich merke, das an der Fakultät Gelernte nützt mir dabei."

Genosse Daute, Richter für Zivilsachen und Verantwortlicher für die Betreuung der Praktikanten, erzählte uns, daß sie die Akten größtenteils selbständig und sehr gewissenhaft bearbeitet haben. Das erlaubte den Richtern, die Entwürfe der Studenten zur Grundlage ihres eigenen Urteils zu machen. In Beratungen mit den Kollegen Richtern wurden die Arbeiten dann eingeschätzt. Dabei ist es oft zu einem heftigen Meinungsstreit gekommen, der für beide Seiten von Nutzen war. Genosse Daute hob hervor: „Die theoretische Ausbildung an der Fakultät ist außerordentlich gut. Einige Studenten haben den durchschnittlichen Wissensstand der Richter erreicht. Kürzlich haben sie auch in meiner Rechtsprechung Fehler entdeckt. Die Freunde sind keine Paragraphenreiter. Sie gehen kritisch und mit gesundem Menschenverstand an die Arbeit."

*

In einem Brief an die „Universitätszeitung" schrieben Helga Schlage, Rosemarie Pickert und Helmut Schilling, daß die Praktikantengruppe mit der Ausbildung am Kreisgericht Karl-Marx-Stadt/Land sehr zufrieden ist. Sie haben sich gefreut, daß in diesem Jahr erstmalig ein Vertreter der Juristenfakultät sie besucht hat. Zur Verbesserung der Ausbildung schlagen sie vor, die Praktikantengruppen auf drei Studenten zu beschränken und die Dauer des Praktikums zu verlängern.

DEBATTE

Schwester Uta Lindau, Medizinische Klinik, Station 33:

Ich finde es nicht richtig, wenn Schwestern nach ihrer Ausbildung die DDR verlassen. Die meisten von ihnen meinen, sie könnten sich für ihr Geld „drüben" mehr kaufen als bei uns. Weiter sehen sie nicht. Auch daß ihre Ausbildung von unserem Staat bezahlt wird, haben sie wahrscheinlich vergessen. Man müßte vor allem die jüngeren Schwestern zu einem größeren Weitblick und einer gewissen politischen Einsicht erziehen.

Dr. Heinz Kleinbaum, Kinderklinik Theresienstraße

Es ist mir unverständlich, daß junge Schwestern ihre Stellung bei uns aufgeben, um in der Bundesrepublik neue Arbeit aufzunehmen. Ich war selbst in Westdeutschland in verschiedenen Kliniken beschäftigt. Dort mußten die Schwestern durchschnittlich zehn bis zwölf Stunden am Tag arbeiten. Die Ausbildung der Schwesternschülerinnen erfolgte größtenteils nicht an einem arbeitsfreien Tag, sondern in der Mittagszeit und abends. Die Bezahlung ist wesentlich schlechter als bei uns, und die Unterbringung, bei uns eines der Hauptprobleme, ist in der Bundesrepublik im Durchschnitt nicht besser.

Daß trotzdem Schwestern die DDR verlassen, führe ich auf Unkenntnis der politischen Bedeutung eines solchen Schrittes zurück. Möglicherweise haben auch einzelne Schwestern besondere Sorgen und Nöte, die sie zu diesem Schritt treiben. Es wäre gut, wenn man Gespräche mit den Schwestern führte, um zu erfahren, wo sie der Schuh drückt. Bei solchen Unterhaltungen könnte man auch feststellen, ob das Schichtsystem von allen Schwestern gewünscht wird. Die augenblickliche Regelung der Arbeitszeit ist für die Schwestern sehr ungünstig. Das leitende Personal der Kliniken sollte sich wirklich ernsthaft Gedanken über die Einführung des Schichtsystems machen.

Wir meinen:

Wer die Republik flieht, flieht die Arbeitermacht. Wer zu den Monopolisten geht, sucht Schutz bei den Wölfen. (Schutz wovor eigentlich?)

Wer die Arbeitermacht flieht, weil er noch nicht zufrieden ist mit ihr, flieht auch die Pflicht, seinen Teil dazu beizusteuern, diese Macht weiter zu vervollkommnen, ihre Erfolge zu mehren. Er begeht Klassenverrat.

Zwei Aufgaben sehen wir:

Das zu verbessern, was zu verbessern ist. Das ist Aufgabe für jeden, der Mängel oder Fehler erkannt hat. Wir sind stark, wenn jeder mit anpackt. Das ist der Inhalt unserer Demokratie.

Das Gute allen bewußt zu machen (– und es gibt nichts an der Arbeitermacht, was nicht im Prinzip gut wäre). Das ist Aufgabe vor allem für die, denen unsere Sache bewußt ist.

Wir meinen schließlich, daß sich die Verantwortlichen mit den im Verlauf der Debatte gemachten Vorschlägen befassen sollten.

Die Redaktion

Zwölfstündlich startet eine Radiosonde

In Wernigerode ist beileibe nicht die modernste Radiosonden-Aufstiegsstelle der Erde, aber als Teil vom Ganzen ist sie genau so wichtig wie z. B. Thule auf Grönland. Gerade auf dem Gebiet der synoptischen Meteorologie wird fast stündlich demonstriert, wie internationale Zusammenarbeit aussehen kann.

Auch in der Station selbst muß ein Rad ins andere greifen, damit die Meßergebnisse so schnell wie möglich dem meteorologischen Weltnetz geliefert werden können. Kein Wunder, daß man sich als Praktikant (man hat ja während des Studiums nur das Notwendigste mit auf den Weg bekommen) anfangs in dem scheinbaren Chaos irgendwie überflüssig vorkommt. Doch auch hier wird jede Kraft gebraucht, und so gelangt man allmählich von der vorsichtigen Fühlungnahme mit den Dingen zu der Routine, die einen gleichberechtigt mitarbeiten läßt. Und so etwas gibt einem den nötigen Auftrieb.

Recht sonderbar nimmt sich in der Praxis die Theorie aus. Oft möchte man Bedenken zu diesem oder jenem anmelden, aber da steht sie, die Erfahrung, gegen die man machtlos ist; jedoch mit der Zeit kommt es zu einer guten Mischung.

Alle zwölf Stunden – während des AGI (Année Geophysic International) vierteljährlich zehn Tage lang alle sechs Stunden – wird eine Radiosonde gestartet, die über einen Kurzwellensender ununterbrochen Werte der Temperatur, des Luftdrucks und der Luftfeuchtigkeit bis in Höhen von 25 000 m übermittelt. Alle sechs Stunden werden Richtung und Geschwindigkeit des Höhenwindes beobachtet, und zwar wird ein Ballon mittels Theodoliten verfolgt. Alle diese Werte werden chiffriert nach Potsdam gedrahtet, von wo aus sie in alle Welt gestrahlt werden. Aus den Ergebnissen vieler Radiosonden-Aufstiegsstellen werden Höhenwetterkarten konstruiert, die dazu beitragen, die Wetterprognosen besser zu fundieren oder überhaupt erst möglich zu machen.

Konrad Balzer, stud. met., 3. Studienjahr

Es gibt keine „Ohne-mich"-Ausrede / Von Prof. Hugo Müller

Unmittelbar nach den letzten Bundestagswahlen vom 6. September 1953 erklärte der Oberkommandierende der NATO-Truppen, daß jetzt nach dem Wahlsieg Adenauers unverzüglich die Deutschen unter Waffen kommen sollten, damit sie baldigst in der Lage sind, im Kriegsfall den Rückzug der Alliierten solange zu decken, bis die Mobilisierung der Reserven durchgeführt ist. („Das Volk", Freiburg, 10. September 1953.)

In einer dpa-Meldung vom 7. September 1953 aus Washington heißt es: Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles haben ihre Befriedigung über den Wahlsieg geäußert. Im State Departement wurde erklärt, die Bevölkerung der Bundesrepublik habe durch ihre Entscheidung vor allem bestätigt, daß sie für eine positive Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im kalten Kriege gegen die Sowjetunion sei. (Dokumentation der Zeit, Berlin 55/1953.)

So schützten die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und die hinter ihr stehenden amerikanischen Monopole das Wahlergebnis der Bundestagswahlen vom 6. September 1953 real und nüchtern ein. Millionen von Wählern in Westdeutschland, die damals den Parteien der Bonner Regierung ihre Stimme gaben, haben das niemals gewollt. Wie schätzt die Bevölkerung der Bundesrepublik nun heute die Bedeutung der bevorstehenden Bundestagswahlen ein? Hat sie begriffen, daß sie das Wahlergebnis vom 6. September 1953 im Interesse Gesamtdeutschlands und des Weltfriedens sehr gründlich zu korrigieren hat?

Eine ungeheure Empörung geht durch ganz Deutschland, seitdem bekannt geworden ist, daß mit der ausdrücklichen Genehmigung der Bonner Bundesregierung auf westdeutschem Boden Atomgeschütze auffuhren und Atomgeschosse gelagert wurden.

Auf dem Bundestag der Deutschen Friedensgesellschaft, der im Vorjahr in Heidelberg stattfand, zieh Prof. Dr. Rauhut, Würzburg, den Bundeskanzler Adenauer des „machiavellistischen Volksbetrugs". („Wege zueinander", Stuttgart 19/56.)

Am 30. Juni 1957 sprach Adenauer in Dortmund auf einer Wahlkundgebung der Jugend der CDU. Diese jungen Menschen wurden in Autobussen herangeholt, die die Aufschrift trugen „Wir fahren für Adenauer" — für Adenauer, der, wie „Der Spiegel" am 11. Februar 1953 feststellte, die Bundesrepublik zum Festlandsdegen der USA und der amerikanischen Monopole machen will.

Die Politik der großen Lüge

Wie kam es eigentlich dazu, daß nach der Befreiung Deutschlands aus dem Joch des Nationalsozialismus der westliche Teil unseres Vaterlandes praktisch der Annexion des USA-Monopolkapitalismus anheimfiel? Und wie kommt es, daß ein Teil unserer westdeutschen Jugend das bis zur Stunde noch nicht begriffen hat?

Noch am 6. August 1950 wandte sich Adenauer an die westdeutsche Jugend, als er beteuerte:

> „Ich habe mich wiederholt gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands ausgesprochen, weil ich vor allem dem tiefen Friedenswillen des deutschen Volkes und der deutschen Jugend Ausdruck geben wollte." (Stimme des Friedens, August 1956.)

Am 30. August, also 24 Tage später, übergab derselbe Adenauer ohne Zustimmung des Kabinetts, völlig eigenmächtig, dem Hochkommissar McCloy das sogenannte Sicherheitsmemorandum, in dem er die Verstärkung der Besatzungstruppen verlangte und eigene deutsche Truppenverbände zum Kampf gegen sowjetische Truppen anbot. Unter schärfstem Protest gegen diesen Verrat an der Sache des deutschen Volkes erklärte der damalige Innenminister Heinemann seinen Rücktritt. Die große westdeutsche Zeitung „Die Welt" schrieb damals, am 25. 11. 1950: „Der Kanzler hat nunmehr eingestanden, daß er die Unwahrheit gesagt hat und das deutsche Volk wochenlang irregeführt hat."

Für Adenauer wurde es nun immer schwieriger, seine Pläne zu tarnen und, sobald etwas durchsickerte, die öffentliche Erregung mit harmlosen Erklärungen zu beschwichtigen. Wo demokratische Organisationen den Kampf aufnahmen, reagierte der Großteil der bürgerlichen Jugend mit der „Ohne-mich"-Bewegung, die die politische Situation völlig verkennt. Wenige Tage vor der Eröffnung der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, am 26. Juni 1951, wurde der organisierte, aktivste und patriotischste Teil der jungen Generation Westdeutschlands, die Freie Deutsche Jugend, verboten.

Es ist bekannt, daß die Freie Deutsche Jugend vor allem wegen ihres Kampfes gegen die Remilitarisierung verboten wurde. Trotzdem hatte Adenauer die Stirn, am 11. Oktober des gleichen Jahres folgendes im Rundfunk zu erklären, wieder in der Absicht, seine wahren Absichten zu verheimlichen:

> „Wenn in Briefen die Behauptung aufgestellt wird, daß unter meiner Autorität die Wiederaufrüstung Deutschlands allenthalben mit Hochdruck betrieben wird, so kann ich darauf nur erklären, daß diese Behauptung frei erfunden ist. Ich kann im Interesse derjenigen, die eine solche Behauptung aufstellen, nur annehmen, daß sie Mystifikationen zum Opfer gefallen sind, und möchte sie herzlich bitten, doch in Zukunft nicht mit solcher Leichtgläubigkeit denen, die Uebles über andere sagen, zu glauben." („Wege zueinander", Stuttgart, 15. Oktober 1956.)

Zeichen der Zeit

So war die Situation vor den Bundestagswahlen 1953. Heute hat sich die politische Situation in Westdeutschland grundsätzlich gewandelt.

Der Verrat an der Sache des deutschen Volkes ist offensichtlich geworden. Mit Verheimlichungsmethoden ist nichts mehr zu schaffen. Die KPD wurde verboten. Die rechte SPD-Führung ging neben formaler Parlamentsopposition doch praktisch in entscheidenden Fragen mit der Bonner Regierung weite Strecken zusammen und wiegte sich in Sicherheit. Und nun wird die SPD von Adenauer diffamiert, verdächtigt und unter Polizeidruck gesetzt. Die Unzufriedenheit mit der Politik Adenauers, der CDU und der mit ihr verbundenen Parteien geht jetzt durch das ganze Volk und erschüttert bereits die Reihen der CDU.

Eine politische Prognose für den Ausgang der Bundestagswahlen 1957 zu geben, ist trotzdem nicht leicht, weil alles davon abhängt, wie nun Arbeiterklasse und fortschrittliche Kräfte des Klein- und Mittelbürgertums in der Bundesrepublik auf die politische Situation reagieren. Aber auf die politischen Zeichen der Zeit zu achten, ist sehr empfehlenswert: sie zeigen die ganze Schwäche der Position jener Kräfte, die die Bonner Regierung stützen.

In England haben in der letzten Zeit eine ganze Anzahl zusätzlicher Wahlen zur Besetzung der Unterhaussitze stattgefunden, was immer nötig wird, wenn Abgeordnete durch Rücktritt oder Todesfall ausscheiden. Die Konservativen haben sich weitgehend die Sympathie des englischen Volkes durch die Fortführung ihrer Atombombenversuche, für die sie als Regierungspartei verantwortlich sind, verscherzt. Alle anderen Parteien traten

(Fortsetzung Seite 3)